

Ortega und seine Angst vor Wahlen

Douglas Castro-Quezada

Ortega und seine Angst vor Wahlen

Douglas Castro-Quezada

Daniel Ortega sagte, was ein Diktator normalerweise nie laut ausspricht: „Es wird keine Wahlen mehr geben.“¹ Wenn Ortega im Laufe seiner autoritären Amtszeit eines bewiesen hat, dann ist es, dass er tut, was er sagt. Deshalb muss man ihn ernst nehmen und sich fragen, wie weit er in Wahlanglegenheiten zu gehen bereit ist. Zeigt ein Regime seine Handlungen ganz offen, signalisiert es damit: „Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken.“ Diese Grundhaltung ist eine wichtige Botschaft, die wir entschlüsseln müssen.

Ortega hat angekündigt, dass Nicaragua die Wahlen absagen würde, als würde er dies zum ersten Mal tun, er macht dies bereits systematisch seit seinem Amtsantritt im Jahr 2007. Seine Gegner waren bereits ausgeschlossen, viele von ihnen ins Exil getrieben und ihrer Staatsangehörigkeit beraubt, und keine Partei, die tatsächlich in der Lage wäre, ihm die Macht streitig zu machen, verfügt seit 2021 noch über eine Rechtspersönlichkeit.² Was er ankündigte, war ein präventiver Ausschluss, das Verschließen jeder Lücke, die er als Risiko ansieht, auch wenn niemand sonst dies so sieht. Darin liegt das Aufschlussreichste an diesem Satz. Ortega reagiert auf Bedrohungen, die nur er wahrnimmt oder die er als real behandelt. Drei Tage später präzisierte seine Frau Rosario Murillo den Satz mit den Worten: „Wahlen ja, aber unsere eigenen.“³ und der Präsident der Nationalversammlung, Gustavo Porras, widersprach sich innerhalb derselben Woche zweimal hinsichtlich der Frage, was Ortega eigentlich gemeint hatte. Dieser Widerspruch mindert die Schwere der Ankündigung nicht, sondern bestätigt sie. Nicht einmal das Regime selbst hatte eine einheitliche Vorstellung davon, wie weit es bereit war zu gehen. Es ist eine Sache, was Ortega will, eine andere, was Murillo will, eine weitere, was beide gemeinsam wollen, und noch eine andere, was der Rest des Apparats will, auch wenn sie von außen wie ein einheitlicher Block erscheinen.

Die Behauptung, es werde keine Wahlen geben, öffnet die Tür zu etwas Tiefgreifenderem als der bloßen Fortsetzung des bereits bekannten Wahlbetrugs. Sie kann bedeuten, dass das Wahlsystem vollständig abgeschafft wird. Sie kann aber auch bedeuten, dass es durch ein anderes Modell der Machtorganisation ersetzt wird. Eliseo Núñez hat auf eine mögliche Hinwendung zu einem Modell hingewiesen, das dem demokratischen Zentralismus chinesischer Prägung ähnelt, mit einer hegemonialen Partei anstelle einer Einheitspartei. Núñez hat zudem darauf hingewiesen, dass die Ankündigung ein Ziel verfolgt: Sie soll vollendete Tatsachen schaffen. Sollte der internationale Druck das Regime eines Tages zu Verhandlungen zwingen, wird die Ausgangslage eine andere sein. Die Verhandlung wird dann nicht mehr von der Forderung nach freien und kompetitiven Wahlen ausgehen.

¹ „Daniel Ortega begräbt die Demokratie als Weg des politischen Wandels in Nicaragua,“ Divergentes, 20. Juli 2026, <https://www.divergentes.com/daniel-ortega-sepulta-democracia-como-via-de-cambio-politico-nicaragua/>.

² Group of Human Rights Experts on Nicaragua, Report of the Group of Human Rights Experts on Nicaragua, A/HRC/58/26, Human Rights Council, 26. Februar 2025, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/grhe-nicaragua/a-hrc-58-26-auv-en.pdf>.

³ „Ko-Präsidentin Rosario: Wahlreformen werden die Souveränität stärken und vom nicaraguanischen Volk gestaltete Wahlen garantieren,“ Diario Barricada, 22. Juli 2026, <https://diariobarricada.com/destacadas/copresidenta-rosario-reformas-electorales-fortaleceran-la-soberania-y-garantizaran-elecciones-disenadas-por-el-pueblo-nicaraguense/>.

Sie wird stattdessen von der Tatsache ausgehen, dass es in Nicaragua schlichtweg keine Wahlen gibt⁴.

Diese Hypothese sollte nicht allein deshalb verworfen werden, weil sie extrem ist. Bei Ortega war die extreme Hypothese schon mehr als einmal genau das, was letztendlich eingetreten ist.

Die Entwicklung in Nicaragua ist die eines Regimes, das eine Tür aufstößt, die bereits offen ist. Die Kontrolle über das Wahlergebnis ist nichts Neues. Sie wird seit mehr als einem Jahrzehnt aufgebaut. Der Juli 2026 markiert nicht den Zeitpunkt, an dem das Regime etwas gewonnen hat, was es nicht bereits hatte. Er markiert vielmehr den Zeitpunkt, an dem es beschloss, dies zu verkünden, ohne dass irgendetwas es dazu zwang.

Diese Ankündigung lässt mehrere Fragen offen:

- Warum war es notwendig, dies zu verkünden?
- Was blieb dem Regime rechtlich noch zu tun, was es nicht bereits auf administrativem oder faktischem Wege getan hatte?
- Welches Rechtsinstrument würde dieses Bekenntnis zur Norm machen, und welche Garantien blieben dabei auf der Strecke?
- An welchen Teil des Regimes selbst, und nicht nur an die Opposition, richtet sich die Botschaft?

1. Vor der Abstimmung

Wahlen verschwinden oder werden ihrer Substanz beraubt, wenn das autoritäre Regime beschließt, dass es sie für den ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigt. Ein Diktator hält Wahlen ab, weil sie ihm drei Dinge bieten: Erstens verleihen sie ihm eine Fassade der Legitimität durch das Volk, die kein Staatsstreich bieten kann. Zweitens geben sie ihm Aufschluss über seine eigene Basis. Drittens ermöglichen sie es ihm, Ämter und Loyalitäten zu verteilen.⁵ Diese Logik erklärt, warum Ortega das Wahlrecht weder 2021 noch 2016 noch 2011 abgeschafft hat. Was sich im Jahr 2026 geändert hat, ist, dass diese Kalkulation an ihre Grenzen stößt. Der Schaden in Nicaragua liegt nicht nur darin, wie gewählt wird. Er liegt auch, und zwar in zunehmendem Maße, darin, wer antreten darf. Andreas Schedler argumentiert, dass autoritäre Wahlen kein sinnloses Schauspiel sind, sondern ein Streitpunkt zwischen dem Regime und seinen Gegnern, ein Terrain, auf dem beide Seiten Kosten und Nutzen abwägen.⁶ In Nicaragua wurde dieser Spielraum immer enger, bis er schließlich ganz verschwand. Unter anderen autoritären Regimes haben Wahlen sogar zu einer größeren institutionellen Öffnung geführt, da sie das Regime dazu zwingen, Regeln festzulegen und ein gewisses Maß an Unsicherheit zu tolerieren.⁷ Nicaragua ist jedoch der Fall, der dieser Logik widerspricht. Das Regime hat gelernt, Wahlen

⁴ Eliseo Núñez, interviewt von Óscar Estrada, "+CONSCIENTES," ICN, YouTube, 21. Juli 2026, https://www.youtube.com/watch?v=s_5OVmGf3U4; „Ortega hat sich eine weitere Maske abgenommen“, sagte Juan Sebastián Chamorro aus dem Exil, 20. Juli 2026, <https://www.infobae.com/nicaragua/2026/07/20/ortega-se-ha-quitado-una-mascara-mas-dijo-juan-sebastian-chamorro-desde-el-exilio-tras-el-anuncio-sobre-cese-de-elecciones-en-nicaragua/>.

⁵ Jennifer Gandhi und Ellen Lust-Okar, "Elections Under Authoritarianism," Annual Review of Political Science 12 (2009): 403–422.

⁶ Andreas Schedler, ed., Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition (Boulder: Lynne Rienner, 2006).

⁷ Staffan I. Lindberg, "The Surprising Significance of African Elections," Journal of Democracy 17, no. 1 (2006): 139–151.

Ortega und seine Angst vor Wahlen

so zu organisieren, dass sie keinerlei Öffnung mit sich bringen, da es die Ungewissheit bereits vor Beginn des Wahlkampfs beseitigt hat.

Die Daten des V-Dem-Projekts, das jährlich die demokratische Qualität weltweit misst, zeigen deutlich, wo sich der Schaden konzentriert. Im Jahr 2025 gehört Nicaragua bei zwei Variablen zu den fünf Prozent der Länder weltweit mit der schlechtesten Leistung: Wie viel tatsächliche Autonomie hat die Opposition und wie leicht kann eine Partei verboten werden? Bei der Variable, die misst, ob der Wahltag fair verlief, schneidet Nicaragua schlecht ab, gehört aber nicht zu den schlechtesten Ländern der Welt; es liegt gerade einmal unter den unteren 21 Prozent.⁸ Der Unterschied ist enorm, und das ist kein Zufall, sondern Strategie. Beatriz Magaloni erklärt, warum es für einen rational handelnden Autokraten vorteilhaft ist, die Konkurrenz noch vor dem Wahltag auszuschalten, anstatt das Risiko einzugehen, die Auszählung vor Zeugen zu manipulieren.⁹ Betrug an der Wahlurne ist sichtbar, nachweisbar und kostspielig. Es ist günstiger, den Konkurrenten Monate vorher auszuschließen, zudem hinterlässt es weniger Spuren.

Ortega hat diese Strategie auf die Spitze getrieben, und zwar nicht nur auf legalem Wege. Seit 2008 hat er einer Oppositionspartei nach der anderen ihren Rechtsstatus entzogen, bis im August 2021 keine einzige mehr übrig war, die tatsächlich in der Lage war, anzutreten. Doch noch vor dieser endgültigen Auflösung, in den Monaten vor den Wahlen, wurden mindestens sechs Präsidentschaftskandidaten der Opposition inhaftiert, sodass kein Oppositionskandidat mehr auf freiem Fuß war, um ihm auf dem Stimmzettel Konkurrenz zu machen.¹⁰ Pippa Norris argumentiert, dass die Wahlintegrität während des gesamten Wahlzyklus gemessen werden muss, nicht nur am Wahltag selbst, der Fall Nicaragua bestätigt, warum dieser Ansatz so wichtig ist.¹¹ Die Jahre und Monate vor der Wahl, in denen Gesetze reformiert, Kandidaturen abgesagt und Rivalen inhaftiert werden, sind ebenso Teil des Wahlprozesses wie der Wahlkampf oder die Zählung selbst.

Der internationale Vergleich bestätigt die Schwere der Lage. Laut V-Dem sind in Bezug auf die Autonomie der Opposition nicht Kuba oder Venezuela die Länder, die Nicaragua am nächsten stehen, sondern Turkmenistan und Nordkorea. Und im Vergleich zu Venezuela zeigt sich, dass es dort bei Unregelmäßigkeiten am Wahltag noch schlimmer zugeht als in Nicaragua, denn Maduro musste vor seiner Festnahme am 3. Januar noch eine echte Wahl manipulieren, während die Opposition weiterhin im Rennen war. Nicaragua hingegen schneidet beim Ausschluss eben dieser Opposition schlechter ab als Venezuela, da Ortega das Problem bereits gelöst hatte, bevor es überhaupt etwas zu auszählen gab. Der eine manipulierte den Wettbewerb, der andere beseitigte ihn.

⁸ V-Dem Institute, "V-Dem Dataset v16" (University of Gothenburg, 2026), <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>

⁹ Beatriz Magaloni, "The Game of Electoral Fraud and the Ousting of Authoritarian Rule," *American Journal of Political Science* 54, no. 3 (2010): 751–765.

¹⁰ Organisation Amerikanischer Staaten, Bericht: Allgemeine Wahlen in Nicaragua 2021 (Washington, D.C.: OAS, 2021), <https://www.oas.org/fpdb/press/Informe-Nicaragua-Elecciones-2021.pdf>.

¹¹ Pippa Norris, *Why Electoral Integrity Matters* (New York: Cambridge University Press, 2014).

2. Das Gesetz im Überfluss und das Gesetz, das fehlt

Als Daniel Ortega verkündete, dass es keine Wahlen mehr geben würde, gab es bereits ein Gesetz, das genau dieses Ergebnis bewirkte, ohne dass dies ausdrücklich gesagt werden musste. Das im März 2025 verabschiedete Gesetz Nr. 1242 hob das bisherige Wahlgesetz auf und änderte damit die Regeln grundlegend.¹²

Früher erforderte die Aufhebung der Rechtspersönlichkeit einer Partei ein Verfahren mit festgelegten Fristen. Es gab ein Recht auf Verteidigung und die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen – auch wenn dies in der Praxis nicht immer eingehalten wurde. Das neue Gesetz hat nun zweierlei bewirkt: Zum einen hat es den Kreis derjenigen, die eine solche Aufhebung beantragen können, auf jeden Bürger ausgeweitet. Zum anderen hat es gleichzeitig die Fristen, das Recht auf Verteidigung und die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, abgeschafft. Somit kann heute jeder eine Anzeige erstatten. Die beschuldigte Partei verfügt über kein Verfahren, um sich zu verteidigen. Und gegen die endgültige Entscheidung ist keinerlei Rechtsmittel möglich.

Javier Corrales hat dies als autokratischen Legalismus bezeichnet. Damit meint er einen Mechanismus, der drei Elemente miteinander verbindet: die Anwendung, den Missbrauch und die Nichtanwendung des Gesetzes in den Diensten der Exekutive. Die Anwendung besteht darin, dass die Exekutive ihre Kontrolle über Legislative und Judikative nutzt, um autoritäre Gesetze auf formal legalem Wege zu verabschieden. Genau das tut das Gesetz 1242: Es macht einen Ausschluss, der ohnehin stattgefunden hätte, zu einem rechtlichen Verfahren. Der Missbrauch besteht darin, diese Gesetze inkonsequent und voreingenommen anzuwenden. Sie werden neu ausgelegt, um den Handlungsspielraum der Exekutive zu erweitern. Ein Beispiel dafür ist das Verfassungsgericht: Es erklärte 2009 das Verbot der Wiederwahl für „unwirksam“, hob es dabei aber nicht formell auf.¹³

Und diese Nichtanwendung, die Corrales als paradox beschreibt, besteht darin, sich direkt auf die Illegalität zu stützen und geltende Rechtsvorschriften zu verletzen, anstatt sie zu reformieren, obwohl dies nicht einmal notwendig ist.¹⁴ Das Regime hat sich nicht für einen einzigen dieser Wege entschieden. Es hat alle drei beschritten, je nachdem, was die jeweilige Situation erforderte.

Dieses Muster ist weder neu, noch ist es das erste Mal, dass es auftritt. Ortega hat den Verfassungs- und Wahlrahmen seit dem Pakt, den er im Jahr 2000 mit Arnoldo Alemán unterzeichnete, immer wieder reformiert, und jede Reform war eine weitere Verschärfung gegenüber der vorherigen. Das Besondere der letzten Jahre ist das Tempo. Dieses Tempo lässt sich genau datieren: das Urteil von 2009, das das Verbot der Wiederwahl für unwirksam erklärte, dessen Ausweitung im Jahr 2010, die Verfassungsreform von 2014, die die unbegrenzte Wiederwahl festschrieb, und die Reform von 2025, mit der das Amt des Ko-Präsidenten geschaffen wurde.¹⁵

¹² Nicaragua, Gesetz Nr. 1242, Wahlgesetz, La Gaceta, Nr. 46, 10. März 2025, Oberster Wahlrat, <https://cse.gob.ni/es/documentos/marco-juridico-vigente/ley-ndeg-1242-nueva-ley-electoral>.

¹³ Nicaragua, Verfassungskammer, Oberster Gerichtshof, Urteil Nr. 504, 19. Oktober 2009.

¹⁴ Javier Corrales, „Autocratic Legalism in Venezuela,“ Journal of Democracy 26, no. 2 (2015).

¹⁵ Urteil Nr. 504, 19. Oktober 2009; Nicaragua, Gesetz Nr. 854, Verfassungsreform, La Gaceta, 10. Februar 2014; Nicaragua, Gesetz Nr. 1234, Verfassungsreform, La Gaceta, Nr. 32, 18. Februar 2025.

Ortega und seine Angst vor Wahlen

Ein Gesetz, das innerhalb so kurzer Zeit so oft reformiert wird, wird der Macht, die es anwendet, nicht gerecht. Diese Macht dehnt sich jedes Mal weiter aus, wenn sie auf eine Grenze stößt, die sie noch nicht geschlossen hat, während sie dabei fortlaufend ihre eigenen Gesetze verletzt.

Am 28. Juli verwies die Nationalversammlung eine Initiative an einen Sonderausschuss, mit der die Ankündigung vom 19. Juli in Verfassungstext umgesetzt werden soll. Porras selbst stellte drei Schwerpunkte vor: die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von sechs auf sieben „verlängerbare“ Jahre, die Verankerung des Ausschlusses von Kandidaten, die mit den Protesten von 2018 in Verbindung stehen, auf Verfassungsebene, sowie die ausdrückliche Befugnis des Obersten Wahlrats, Parteien, die eine Registrierung beantragen, die Rechtspersönlichkeit zu verweigern. Die beiden letztgenannten Schwerpunkte sind dabei nicht neu: Sie waren bereits in der Reform von 2025 und im Gesetz 1242 enthalten. Das Einzige, was tatsächlich hinzukommt, ist ein weiteres Jahr Amtszeit.¹⁶

Die Missachtung des Rechts in ihrer direktesten Form ist die physische Unterdrückung der nicaraguanischen Opposition, die bereits vor all diesen Reformen stattfand und seit mehr als zwei Jahrzehnten von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wird. Im Jahr 2018 eskalierte diese Unterdrückung in großem Ausmaß, wobei es bei den Protesten dieses Jahres Hunderte von Toten gab¹⁷. Der autokratische Legalismus ersetzt diese Gewalt nicht. Er umfasst sie als ihre extremste Form: den Punkt, an dem das Regime sogar auf den Anschein einer Gesetzesreform verzichtet und direkt außerhalb jeglicher Normen handelt.

Dieses Verhalten lässt sich besser verstehen, wenn man das Regime nicht als bloße Diktatur ohne weitere Qualifizierung betrachtet, sondern als einen Fall mit präzisen Merkmalen. Es ist neopatrimonial, weil die Macht als persönlicher und familiärer Besitz ausgeübt wird und nicht durch unpersönliche Institutionen, die unabhängig davon funktionieren, wer sie leitet.¹⁸

Es weist zudem sultanistische Züge auf, eine noch extremere Ausprägung innerhalb derselben Familie, bei der jegliche ideologische oder institutionelle Grenze gegenüber dem Willen des Herrschers verschwindet und die Grenze zwischen Privatvermögen und Staat fast vollständig verwischt wird.¹⁹ Und ihr Anspruch ist insofern totalitär, als sie nicht nur die politische Macht, sondern auch das gesellschaftliche und religiöse Leben des Landes kontrollieren will, die Auflösung Tausender zivilgesellschaftlicher Organisationen seit 2018 und die Verfolgung der katholischen Kirche sowie anderer evangelikaler Kirchen verdeutlichen dies.²⁰ Ortega und Murillo haben darüber hinaus ein gemeinsames Projekt aufgebaut, das allem Anschein nach dynastischen Charakter hat und durch die Verfassungsreform von 2025 seinen deutlichsten Ausdruck fand, als eine formelle „Ko-Präsidentschaft“ zwischen den beiden geschaffen wurde.²¹

¹⁶ Confidencial, „Nationalversammlung wird ‚verlängerbares 7-Jahres-Mandat‘ für Ortega und Murillo ‚konsultieren‘“, 28. Juli 2026, <https://confidencial.digital/noticias/proyecto-reforma-constitucion-politica-nicaragua-2027/>.

¹⁷ Group of Human Rights Experts on Nicaragua, Report of the Group of Human Rights Experts on Nicaragua, A/HRC/58/26, Human Rights Council, 26. Februar 2025, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/grhe-nicaragua/a-hrc-58-26-auv-en.pdf>.

¹⁸ Kai M. Thaler, „Nicaragua: A Return to Caudillismo,“ Journal of Democracy 28, no. 2 (2017); Salvador Martí i Puig u. a., „Autokratisierung auf Sparflamme: der Fall Nicaragua (2000–2024),“ Colombia Internacional, 2025.

¹⁹ H. E. Chehabi y Juan J. Linz, eds., Sultanistic Regimes (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1998).

²⁰ Human Rights Watch, World Report 2024: Nicaragua (New York: HRW, 2024), <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/nicaragua>.

²¹ Nicaragua, Gesetz Nr. 1234, Verfassungsreform, La Gaceta, Nr. 32, 18. Februar 2025.

Im Vergleich ist dies ein seltenes Phänomen. Der einzige Präzedenzfall einer ähnlichen, wenn auch hierarchischen und nicht gleichberechtigten verfassungsrechtlichen Regelung ist Aserbaidshan, wo Ilham Aliyev seine Ehefrau 2017 zur ersten Vizepräsidentin ernannte.²² Das nicaraguanische Regime ist in kürzerer Zeit weiter vorangekommen und hat dabei eine formale Gleichstellung in diesem Amt erreicht – etwas, das kein anderes zeitgenössisches Regime in dieser Weise verfassungsrechtlich verankert hat.

Dieser gesamte Rechtsapparat stützt sich zudem auf ein Instrument, das Wahlprozesse weiterhin mit einer gewissen technischen Effizienz verwaltet und das nur deshalb so funktionieren kann, weil es niemandem außer der Regierungspartei Rechenschaft schuldig ist. Laut V-Dem hat sich die Leistungsfähigkeit des Obersten Wahlrats seit 1990, rein zahlenmäßig betrachtet, nur geringfügig verschlechtert, erreichte jedoch ab 2016 ihren Tiefpunkt. Seine Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive ist hingegen im gleichen Zeitraum fast vollständig verschwunden. Der Unterschied ist von Bedeutung. Der CSE (Consejo Supremo Electoral) schlichtet keinen Wettbewerb zwischen den Parteien, da es keinen echten Wettbewerb mehr gibt, der geschlichtet werden müsste. Er bestätigt ein Ergebnis, das das Regime bereits vor Beginn des Wahlprozesses festgelegt hat.

3. Die Unsicherheiten des Ortega-Murillo Regimes

Es gibt Oppositionelle, die sich weigern, weiterhin auf Wahlen zu bestehen, weil sie befürchten, dass dies die Diktatur legitimieren könnte. Doch wie die Zeitschrift „The Economist“ darlegt, dürfen Demokraten, selbst unter Regimen, die Wahlen manipulieren, nicht aufhören, Wahlen zu fordern, denn diese Forderung aufzugeben hieße, dem Autokraten den letzten Anschein zu geben, er regiere mit einer gewissen Zustimmung.²³ Auf Wahlen zu bestehen ist keine Naivität. Es ist ein Weg, der in der jüngeren Geschichte autoritärer Regime immer wieder gezeigt hat, dass er eine Lücke für Veränderungen öffnen kann, wo das Regime glaubt, alles abgeriegelt zu haben.

Nicaragua muss nicht auf ein anderes Land blicken, um diese Lektion zu lernen, denn es hat sie bereits am eigenen Leib erfahren. Im Jahr 1990, unter einer sandinistischen Regierung, die den Wahlapparat kontrollierte und auf einen Sieg vertraute, siegte Violeta Barrios de Chamorro Ortega an den Wahlurnen.²⁴

Es waren keine perfekten Wahlen, aber sie waren wettbewerbsfähig genug, um einen echten Machtwechsel herbeizuführen. Im Jahr 2011 und erneut beim Versuch der Opposition im Jahr 2021, noch bevor Ortega die Vorwahlkandidaten inhaftierte, war der Wahlweg zwar immer schmaler geworden, aber dennoch ein Terrain, auf dem noch etwas zu gewinnen war. Der Fall von 2011 belegt dies. Fabio Gadea Mantilla trat bei dieser Wahl gegen einen bereits im Amt befindlichen Ortega an, der den Wahlapparat kontrollierte, und verlor laut internationalen Beobachtern mit rund einem Drittel der Stimmen, während für Ortega 62,46 Prozent gemeldet wurden. Jahre später verurteilte der

²² „Azerbaijan: President Appointed His Wife as First Vice-President,“ Global Legal Monitor, Library of Congress, 24. März 2017, <https://www.loc.gov/item/global-legal-monitor/2017-03-24/azerbaijan-president-appointed-his-wife-as-first-vice-president/>.

²³ The Economist, „When a President Stops Pretending That Voters Count, Disaster Beckons,“ 21. Juli 2026, <https://www.economist.com/leaders/2026/07/21/when-a-president-stops-pretending-that-voters-count-disaster-beckons>.

²⁴ Jennifer McCoy, „Nicaragua’s Transition: Elections and the Roots of Democracy,“ Journal of Interamerican Studies and World Affairs 34, no. 2 (1992).

Ortega und seine Angst vor Wahlen

Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte Nicaragua wegen der Verletzung der politischen Rechte und der Rechtsgarantien von Gadea während dieses Verfahrens. Die Lehre für Ortega war nicht, dass er einen komfortablen Sieg errungen hatte, sondern dass ein solcher Sieg rechtliche und rufschädigende Folgen hat. Zehn Jahre später, im Jahr 2021, bestand die Opposition darauf, erneut anzutreten, und diesmal ging Ortega kein Rechtsstreit-Risiko ein: Er ließ die Vorwahlkandidaten noch vor der Wahl inhaftieren. Ortega hätte es vorgezogen, wenn sich die Opposition ein Jahr zuvor zurückgezogen hätte, um ihm die politischen Kosten einer sichtbaren Unterdrückung zu ersparen. Dass sie darauf bestand, anzutreten, zwang ihn dazu, so zu handeln, wie er es tat, und ein Großteil dessen, was er seitdem getan hat, ist eine Folge dieser Entscheidung. Am bequemsten für Ortega ist es heute, dass seine Opposition nicht genau das von ihm fordert, was er am meisten fürchtet: Wahlen.²⁵

Ortega ist sich der Risiken von Wahlen bewusst, nicht aufgrund dessen, was anderen Diktatoren widerfahren ist, sondern aufgrund dessen, was ihm selbst widerfahren ist. Er hat einmal verloren und regiert seitdem ununterbrochen, wobei er diese Niederlage stets im Hinterkopf behält. Venezuela bietet einen anderen Präzedenzfall, keine Wiederholung derselben Lektion. Dort führte der unverhohlene Wahlbetrug bei den Wahlen von 2024, nach einem Wahlkampf, in dem die von María Corina Machado und Edmundo González Urrutia angeführte Opposition trotz Verfolgung eine überwältigende Unterstützung in der Bevölkerung demonstrierte, dazu, dass das Maduro-Regime seine internationale Legitimität vollständig verloren hat.²⁶

Diese Aushöhlung war einer der Gründe, warum die Vereinigten Staaten im Januar 2026 eine Militäroperation durchführten, die zur Festnahme Maduros und seiner Überstellung an ein Gericht in New York führte.²⁷ Ortega hat dieses Beispiel vor Augen. Den Wahlweg vollständig zu versperren, ist für ihn der sicherste Weg, um sicherzustellen, dass ihm das niemals passiert.

Diese Abschottung entspringt jedoch nicht nur einem einzigen Willen. Milan Svolik unterscheidet zwischen zwei Problemen, mit denen jeder autoritäre Herrscher konfrontiert ist. Das erste ist das Problem der Machtverteilung unter den eigenen Verbündeten, die sich gegen ihn verschwören könnten, wenn sie das Gefühl haben, dass ihr Anteil am Kuchen schrumpft. Das zweite ist das Problem der Kontrolle über die ausgegrenzte Bevölkerung, die rebellieren könnte, wenn die Unzufriedenheit zu groß wird.²⁸

Ortega hat das zweite Problem bereits vor Jahren durch anhaltende Repression und die Zerschlagung jeglicher unabhängigen sozialen Organisationen gelöst. Die Ankündigung vom 19. Juli lässt vermuten, dass das Problem, das ihn derzeit wirklich beschäftigt, das erste ist, nämlich das seiner eigenen Koalition. Nicht alle innerhalb der FSLN teilen diese Einschätzung. Jason Brownlee hat beschrieben, wie in Diktaturen, die eine erbliche Nachfolge anstreben, der designierte Erbe mit dem konfrontiert ist, was er als das „Prinz-Problem“ bezeichnet: dem Verdacht, dass ihm eigene Legitimität fehlt und er sich nur

²⁵ Confidencial, „IAGMR verurteilt Nicaragua wegen Machtmissbrauchs zur Wiederwahl von Daniel Ortega,“ Januar 2025, <https://confidencial.digital/politica/corte-idh-condena-a-nicaragua-por-uso-abusivo-del-poder-para-reelegir-a-daniel-ortega/>.

²⁶ „REACTION: Maduro Declared Winner of Venezuela’s Disputed Election,“ Americas Quarterly, 2. August 2024, <https://americasquarterly.org/article/reaction-maduro-declared-winner-of-venezuelas-disputed-election/>.

²⁷ „Eskortiert und gefesselt: Nicolás Maduro trifft nach seiner Festnahme durch die USA in New York ein,“ France 24, 3. Januar 2026, <https://www.france24.com/es/am%C3%A9rica-latina/20260103-reportan-multiples-explones-y-sonidos-de-aeronaves-en-caracas>.

²⁸ Milan W. Svolik, *The Politics of Authoritarian Rule* (New York: Cambridge University Press, 2012).

Ortega und seine Angst vor Wahlen

behaupten kann, wenn der Rest der Elite bereit ist, geduldig auf seine Zeit zu warten, ohne dies anzufechten.²⁹

Rosario Murillo und ihre Kinder, darunter Laureano Ortega, verfügen nicht über die „revolutionäre Legitimität“, die Ortega dadurch bewahrt hat, dass er in den 70er Jahren gegen Somoza und in den 80er Jahren gegen die Contra gekämpft hat. Sie sind daher darauf angewiesen, dass der Wahlwettbewerb verschwindet, bevor der Zeitpunkt der Nachfolge kommt, denn gerade bei einer offenen Wahl würde ihr Mangel an Legitimität am deutlichsten zutage treten. Nicht die gesamte Regierungskoalition teilt diese Dringlichkeit. Es gibt Funktionäre und Beamte, die es vorziehen würden, sich unter einem weniger isolierten Regime weiter zu bereichern, mit geringeren internationalen Kosten, einem geringeren Sanktionsrisiko und die einer kontrollierten Öffnung gelassener gegenüberstehen würden als einer vollständigen Abschottung. Diese Art von Koalitionen wird eher durch die Verteilung materieller Vorteile als durch eine gemeinsame Überzeugung zusammengehalten.³⁰ Es handelt sich um eine Vereinbarung aus Zweckmäßigkeit, nicht aus Loyalität, und Vereinbarungen aus Zweckmäßigkeit werden aufgelöst, wenn die Kosten für ihre Aufrechterhaltung den Nutzen einer Auflösung übersteigen.

Der Widerspruch von Gustavo Porras, der innerhalb von weniger als einer Woche drei unterschiedliche Versionen vorbrachte, zunächst bekräftigte er, dass es nie wieder Wahlen geben werde, dann kündigte er an, dass es doch Wahlen unter einem neuen verfassungsrechtlichen Rahmen geben werde, und schließlich behauptete er, Ortega habe das Erste nie gesagt, war das deutlichste Zeichen dafür, dass es innerhalb des Regimes selbst keine einheitliche Antwort auf die Frage gibt, wie weit man gehen soll, und dass die Ankündigung vom 19. Juli sowohl darauf abzielte, die externe Opposition in Schach zu halten, als auch eine Position gegenüber den internen Zweifeln zu beziehen. Am 19. Juli 2026 kündigte Ortega keinen Kurswechsel an. Er gestand laut und unnötigerweise, was sein Regime seit mehr als einem Jahrzehnt auf anderen Wegen aufgebaut hatte: das Gesetz, die ständige Reform dieses Gesetzes und, wo das Gesetz nicht ausreichte, die direkte Unterdrückung aller, die ein Risiko darstellten. Er tat dies zudem, ohne dass seine gesamte Koalition notwendigerweise dieselbe Dringlichkeit teilte, was darauf hindeutet, dass die Ankündigung sowohl einer Einschätzung der Opposition als auch einem Signal nach innen, an den eigenen Apparat, entsprach.

Was Nicaragua braucht, sind Wahlen, bei denen die Macht wieder wirklich zur Disposition steht, denen unter anderem Reformen vorausgehen, die der Opposition ihr Recht auf Wahlteilnahme zurückgeben, die den Obersten Wahlrat unabhängig machen und die Wahlbeobachtung, sowohl national als auch international, wieder ermöglichen. Der Unterschied zwischen demokratisierenden Wahlen und denen, die Ortega geschaffen hat, autokratisierende Wahlen, die ein bereits feststehendes Ergebnis bestätigen, ist keine Frage der Nuancen. Es ist der Unterschied zwischen einem Land, das seinen Kurs noch korrigieren kann, und einem anderen, dass nur weiter in den Abgrund der Tyrannei abgleitet. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Organisationen, die das nicaraguanische Wahlsystem seit Jahrzehnten beobachten und bewerten, verfügen bereits über die nötige Erfahrung und die erforderlichen Empfehlungen, um festzulegen, welche Reformen gefordert werden müssen. Was fehlt, ist nicht die Diagnose, sondern der Wille, diese Forderungen mit mehr Nachdruck zu stellen, denn wie Nicaragua 1990 gezeigt hat, kann selbst ein Regime, das sich für unbesiegbar hält, verlieren, wenn ihm die Macht streitig gemacht wird.

²⁹ Jason Brownlee, „Hereditary Succession in Modern Autocracies,“ *World Politics* 59, no. 4 (2007).

³⁰ Dan Slater, *Ordering Power: Contentious Politics and Authoritarian Leviathans in Southeast Asia* (New York: Cambridge University Press, 2010); Eva Bellin, „The Robustness of Authoritarianism in the Middle East,“ *Comparative Politics* 36, no. 2 (2004).

Autor

Douglas Castro-Quezada
Forscher und Demokratieaktivist, nicaraguanischer Exilant.

Rechtlicher Hinweis

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Büro Costa Rica y Panamá
<https://www.kas.de/es/web/costa-rica-und-panama>

Haftungsausschluss:

Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen liegen in der Verantwortung des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung wider.



Der Text dieser Veröffentlichung ist durch die Creative-Commons-Lizenz geschützt:
„Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International“, CC BY-SA 4.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)